

Beobachter 06/06

Fahrende

Nomaden in der Sackgasse

Text: Beat Grossrieder

Bild: Jean Revillard

Seit Jahren wird für die Fahrenden im Grossraum Genf ein Standplatz gesucht, doch alle Vorhaben scheitern am Widerstand von Behörden und Bevölkerung. Und jetzt sind sogar die Fahrenden unter sich zerstritten. Ein Lehrstück in Sachen Minderheitenpolitik.

Kaum ist man mit den etwas argwöhnischen Bewohnern ins Gespräch gekommen, gerät der Dialog bereits wieder ins Stocken, weil ein Flugzeug so knapp über den Platz donnert, dass der Lärm jede Verständigung unmöglich macht. Gescheiterte Kommunikation – diese Szene ist typisch für das Areal «Au Molard», eine 1966 eröffnete Anlage für Fahrende und Schausteller in Versoix in der Nähe von Genf. Seit gut 20 Jahren wird nach einer Alternative zu diesem umstrittenen Standplatz gefahndet – bisher ohne Erfolg. «Schreiben Sie bitte, dass wir hier in einem totalen Getto hausen», sagt einer der Fahrenden – ein «commerçant», der seit 30 Jahren auf dem Platz lebt. «Für die Zigeuner unternimmt man in der Schweiz leider gar nichts», meint der Händler und dreifache Familienvater bitter. Dann verstummt er, weil das nächste Flugzeug über seinen Kopf hinwegdröhnt.

Das hügelige, abschüssige Brachland «Au Molard» liegt in einer Senke unweit des Bahnhofs, eingeklemmt zwischen den Gleisen, dem Fluss und einer Hochhaussiedlung. Ein wenig gastfreundlicher Ort, der sich in einer ehemaligen Sumpfbzone befindet und oft überflutet wird. Bei starkem Niederschlag drückt Wasser aus der Versoix durch die Kanalisation und rinnt über den Platz. Das Terrain sei so feucht, sagen die Bewohner, dass ältere Leute an Rheuma und Arthrose erkrankten. Zudem sei der Platz viel zu eng für die rund 300 Personen. Kreuz und quer parkierte Autos, bellende Hunde und wild wuchernde Abzäunungen verstärken den Eindruck, in einem Getto zu leben.

Im oberen Teil der Anlage haben sich die fahrenden Sippen der Region niedergelassen, die mit Alteisen und Antikem handeln oder hausieren gehen. Die untere Hälfte bewohnen die Schaustellerfamilien, die in Genf die traditionellen Karussells betreiben und auf die Jahrmärkte fahren. Deshalb türmen sich auf dem Grundstück nicht nur Wohnwagen, Chalets und Container, sondern auch alte Lastwagen und ausgediente Achterbahnen. Die Verhältnisse sind so eng, dass junge Fahrende, die einen Haushalt gründen wollen, wegziehen müssen. Viele geben das Nomadendasein auf und bleiben für immer in Wohnungen.

Die engen Platzverhältnisse «lösen bei jedem Feuerwehrmann Entsetzen aus», sagt die Gemeindepräsidentin von Versoix, Véronique Schmied, im schmucken Rathaus des 12'000 Einwohner zählenden Städtchens am Genfersee. Doch ebenso gross wie die Brandgefahr ist das Risiko, dass es einmal zu einer grösseren Überschwemmung kommen könnte. Zudem liege das Landstück direkt in der «Lärmzone Rot» des Flughafens Cointrin; neue Wohnbauten werden an dieser Lage gar nicht mehr toleriert. Trotz den vielen Nachteilen sei unter den Fahrenden nun aber ein Streit entbrannt, sagt Schmied: Weil die Suche nach einer Alternative schon so lange andauert, wollen vor allem die betagten Bewohner gar nicht mehr wegziehen. Andere, vor allem die jüngeren, fordern rasch eine neue Lösung – eine Pattsituation.

Tatsächlich sind unzählige Versuche gescheitert, für die Fahrenden bessere Lebensbedingungen zu schaffen. «18 Standorte sind allein in den letzten sechs Jahren geprüft worden», erzählt Schmied. Sobald Gemeinde oder Kanton ein Grundstück in Erwägung ziehen, formiert sich Widerstand, und zwar immer nach demselben Muster: «Die Leute betonen stets, sie hätten grundsätzlich nichts gegen die Fahrenden, doch dann folgt jeweils das grosse Aber», so Schmied. «Das Terrain sei schlecht, die Erschliessung schwierig, die Kosten zu hoch und so fort. Dabei sind solche technischen Fragen eigentlich zweitrangig. Im Grunde geht es darum, ob wir als Gesellschaft die Kultur der Fahrenden erhalten wollen oder nicht.»

Niemand will die Fahrenden in der Nähe

Schmied, die für die CVP auch im Kantonsparlament sitzt, engagiert sich stark für die Fahrenden: «Es wäre für unser Land ein grosser Verlust, wenn diese Minderheit untergehen müsste», sagt die ausgebildete Soziologin. Andere Politiker jedoch und die Mehrheit der Bevölkerung teilen diese Meinung kaum. Im Gegenteil: Als die Gemeinde im Jahr 2000 für einen Standplatz im Quartier «Aux Hôpitaux» 40'000 Quadratmeter umzonen wollte, ergriffen Anwohner das Referendum. Sie störten sich an der Lage des Platzes in der Nähe eines Sportzentrums und einer Villenzone. Mit 57 Prozent Neinstimmen lehnte die Bevölkerung von Versoix die Umzoning ab.

Nach dieser Niederlage kontaktierte Véronique Schmied gemeinsam mit der Baudirektion sämtliche 45 Gemeinden des Kantons. Diese sollten Vorschläge nennen, wo sich ein Standplatz einrichten liesse. Das Resultat: null. Abgesehen von einer Gemeinde, die einen Materialpark für die Schausteller anbot, und der Stadt Genf, die finanzielle Hilfe versprach, wollte niemand einen Finger für die Fahrenden rühren. Enttäuscht studierte Schmied erneut die Landkarte ihrer eigenen Gemeinde und wurde nochmals fündig: Auf der anderen Seite der Sportanlage, im Quartier «Bécassière», gibt es Landwirtschaftsland, das sich eignen würde. Der Gemeinderat segnete das Projekt ab, der Kanton gab grünes Licht – doch prompt kam es wieder zu Protesten der Anwohner.

«Bécassière» liegt im noblen Villengebiet von Versoix. Fährt man vom See in die hügeligen Aussenbezirke, ist man sofort mitten im Grünen. Immer grösser werden die Abstände zwischen den einzelnen, umso stattlicheren Häusern; viele sind umgeben von Parks und schmiedeeisernen Zäunen. Hier wohnen die Westschweizer Hochfinanz, die Bankiers, Anwälte, Uhren- und Schmuckbarone.

So diskret sich die pompösen Anwesen vom Strässchen abgrenzen, so zugeknöpft geben sich die Besitzer. Obwohl ein Komitee von Anwohnern eine Petition mit 66 Unterschriften eingereicht hat und einzelne Eigentümer das Projekt erfolglos bis vor Bundesgericht bekämpft haben, mag kaum jemand öffentlich gegen den Standplatz Stellung nehmen. Rund neun Millionen Franken sind für Terrain und Gestaltung budgetiert, der Kredit soll spätestens Anfang 2007 im Parlament behandelt werden. «In zwei bis drei Jahren» wäre die Anlage bezugsbereit, schätzt Gemeindepräsidentin Schmied.

Rundum nur Sankt-Florians-Politik

René Groux, Sprecher des Anwohnerkomitees, listet Argumente auf, weshalb er das Gebiet für den denkbar schlechtesten Standort hält: Es handle sich um eine schützenswerte Naturzone. Die Erschliessung mit Strom, Wasser und Kanalisation sei schwierig und teuer; die Strasse sei viel zu schmal für die Wohnwagen. Der Platz könnte zudem andere Fahrende anlocken und sei wegen des angrenzenden Gleises starkem Lärm ausgesetzt. Groux spricht sogar von einem «Getto», das entstehen könnte: «Warum will man die Leute so weit weg vom Stadtzentrum platzieren, statt sie am sozialen Leben teilhaben zu lassen und so ihre Integration zu fördern?» Merkwürdig: Viele Fahrende bezeichnen gerade ihren Platz im Zentrum als «Getto».

Fahrende ja – aber nicht vor der eigenen Haustür: Diese Haltung ist nicht nur in Genf verbreitet. Wo immer in der Schweiz ein Stand- oder Durchgangsplatz entstehen soll, hagelt es Proteste. Etwa 2'500 Schweizer Fahrende gibt es derzeit noch – 11 Stand- und 48 Durchgangsplätze stehen ihnen zur Verfügung. Der aktuelle Vorentwurf des Bundesrats über die Situation der Fahrenden kommt zum Schluss, dass rund 70 Plätze fehlen – zehn allein für ausländische Sippen auf der Durchfahrt entlang den Transitachsen A1, A2, A9 und A13. Für die heimischen Nomaden bräuchte es zusätzliche Plätze in den Kantonen Aargau, Bern, Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg, St. Gallen, Waadt und Zürich. Laut Paul Fink vom Bundesamt für Kultur ist die Vernehmlassung «noch nicht ausgewertet». Alle Kantone hätten geantwortet, viele mit «detaillierten Stellungnahmen». Aber «für eine Zwischenbilanz ist es noch zu früh», meint Fink.

Ein zentraler Aspekt der Vernehmlassung ist auch die Frage, ob die Schweiz dem internationalen Abkommen über die Rechte der indigenen Völker beitreten soll, wie es die Fahrenden und ihre Organisationen verlangen. Damit erhoffen sie sich eine verbindliche Gesetzesbasis, um ihre Kultur nachhaltig zu wahren. Der Staat müsste dann etwa in den Bereichen Standplätze, Spracherhaltung oder Berufschancen aktiv werden, hätte andererseits aber auch das Kinderarbeitsverbot durchzusetzen oder die Schulbildung zu verbessern.

Laut dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) ist noch unklar, ob die Konvention überhaupt auf die Schweizer Nomaden angewendet werden kann. Wegen dieser Unsicherheiten und aus Angst vor Folgekosten hätten die Kantone in der Vernehmlassung eher gegen die Ratifizierung votiert – eine definitive Auswertung liegt auch da noch nicht vor. Genf zum Beispiel hat den Beitritt abgelehnt, wie das zuständige Raumplanungsamt bestätigt.

In Versoix hat das ewige Hin und Her um den Umzug der Fahrenden zu einer weiteren Auseinandersetzung geführt. Einer der wichtigsten Köpfe der Westschweizer Fahrenden, der Flohmarkthändler und Pastor May Bittel, entflohen 1999 der Enge der «Molard»-Anlage und kaufte im nahen Céligny ein Stück Landwirtschaftsland. Nach und nach legte er mit seiner Grossfamilie Wege an, stellte Wohnwagen und Chalets auf und nahm sogar eine Kirche in Betrieb. «Alles ohne eine einzige Bewilligung, also komplett ausserhalb jener Gesetze, an die wir uns alle halten müssen», enerviert sich der Gemeindepräsident des 650-Einwohner-Dorfs, Antoine Schütz. Dem FDP-Politiker, der selber in der Landwirtschaft tätig ist, steigt schon beim Begriff «minorité» die Zornesröte ins Gesicht: «Minderheit – das will gar nichts heissen, gar nichts!» Natürlich sei der alte Platz in Versoix ungeeignet, das sei «völlig klar». Nur: «Die Zigeuner dürfen nicht glauben, sie könnten tun und lassen, was sie wollen.» Er habe «nichts gegen diese Leute», sagt er noch, und dann folgt das grosse Aber: der Rechtsstaat, das Präjudiz, die Kosten, die Medien.

Von den kantonalen Instanzen wurde Bittel zu 42'000 Franken Busse verknurrt. Er ging bis vor Bundesgericht, das im März 2003 einen beachtenswerten Schiedsspruch fällt: Bittels Bauten seien zwar illegal – eine nachträgliche Genehmigung gebe es nicht. Doch grundsätzlich, so die Lausanner Richter, müsse der Staat Massnahmen treffen, damit die Nomaden ihre Lebensweise beibehalten könnten. Konkret: Er müsse Plätze zur Verfügung stellen. Im Fall von Céligny hält das kantonale Amt für Raumplanung gegenüber dem Beobachter fest, dass Bittels Grossfamilie so lange toleriert werde, bis in Versoix der neue Platz bereit sei – dann müssten die Fahrenden umziehen.

Der Termin mit May Bittel findet in seinem kühlen, unbewohnten Chalet im «Molard» statt. Er hat diesen Platz behalten, da sein Exil nach wie vor unsicher ist. Aber er will unbedingt in Céligny bleiben und ist für seine Sache sogar an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gelangt. Denn sein Fall habe Bedeutung für alle Gemeinden der Schweiz: «Das Bundesgericht sagt, der Staat müsse dafür sorgen, dass die Fahrenden ihre Identität bewahren könnten», hält Bittel mit schneidender Stimme fest. «Dazu gehört, dass er Plätze zur Verfügung stellt, die den spezifischen Bedürfnissen entsprechen. Doch Gemeinden und Kantone tun nichts, um uns zu helfen», sagt er. «Im Gegenteil: Sie schikanieren uns bloss und wollen uns irgendwohin parkieren. Eigentlich sind sie es, die ausserhalb des Gesetzes stehen.»

Es bleibt alles in der Schwebe

Schweigend steht der «commerçant» auf dem Strässchen vor seiner Baracke im «Molard», als wieder ein Düsenjet den Himmel zerreisst. So laut, dass man die Vibrationen in der Brust spürt, und so nahe, dass man mühelos den Schriftzug auf der Heckflosse lesen kann. Der Händler spricht nicht gern mit der Presse, verweist lieber auf «den Chef», May Bittel, obwohl dieser nur noch selten da

ist. Man spürt, dass zwischen den zwei Gruppen – den Umzugswilligen und den schon Ausgezogenen – Spannungen entstanden sind: Viele «Molard»-Bewohner wollen ihre Situation so rasch als möglich verbessern – Bittel aber kämpft für seinen eigenen Platz. Und dazwischen versucht Gemeindepräsidentin Schmied zu vermitteln.

Immerhin haben sich alle Beteiligten kürzlich wieder an den runden Tisch gesetzt – bis Ende April sollen die Bedürfnisse neu erfasst werden. Und bereits werden Stimmen laut, die von einer «solution naturelle» sprechen: Dauert es noch lange, werden die Leute nach und nach sterben oder in die Wohnungen ziehen. Ein neuer Platz wäre dann gar nicht mehr nötig.

© 2006 Der Schweizerische Beobachter - Alle Rechte vorbehalten